

POLITISCHES BÜ.

P 12-OKT-1914

NR 22. VIII

Legation of Switzerland
Washington, D. C.

24. September 1914.

Politischer Bericht No. 16.

(Die Lage seit dem Kriege).

Herr Bundespräsident,

Ich hoffe Sie im Besitze meines Schreibens vom 19. 1f. Monats (samt Handelsbericht).

Heute beehre ich mich, Ihnen folgendes zu melden: Präsident Wilson hat der belgischen Kommission, bestehend aus den Herren Emile Vandervelde, Paul Hymans und Henri Carton de Wiart (Beilage 1), welche hierher gekommen ist, um gegen die behaupteten Greuelthaten der deutschen Armee zu protestieren, am 17. September die fast wörtlich gleiche Antwort gegeben, die er dem deutschen Kaiser auf dessen Protest gegen die angebliche Verwendung von Dum-Dum-Geschossen seitens der Franzosen erteilt hat, nämlich, dass es sich mit der Neutralität der Vereinigten Staaten nicht vereinen lasse, jetzt ein endgültiges Urteil zu fassen oder gar auszusprechen. Die genauen Wortlaute für Belgien und Deutschland finden Sie in der Beilage (Beil. 2 bis 5). Der Text des Kabels an Präsident Poincaré, ebenfalls bezüglich Dum-Dum-Geschossen, ist nicht veröffentlicht worden, doch soll er mit der an Kaiser Wilhelm gesandten Antwort ungefähr identisch sein.

An das Eidg. Politische Departement,

B e r n .
-----

Den Passus in Wilsons Reden und Telegrammen : "... ich nehme es als sicher an, dass später die Nationen Europas, um eine Abrechnung herbeizuführen, sich vereinen werden. Wer sich Verstösse hat zu schulden kommen lassen wird für deren Folgen zur Verantwortung gezogen werden" deutet man hier dahin, dass der Präsident hoffe, die Friedensverhandlungen bezw. die Abrechnung hier in Washington und nicht im Haag ^{geführt} zu sehen.

Dass seitens der Vereinigten Staaten, bezw. der H. H. Wilson und Bryan in dieser Richtung grosse Anstrengungen gemacht werden, ist zu erwarten. Am 15. September sind neuerdings vier der bekannten Friedensverträge mit Frankreich, Grossbritannien, Spanien und China unterzeichnet worden. Herr Bryan hat bis jetzt 26 derartiger Dokumente negociert, davon sind 19 vom Senat bereits ratifiziert. Sie umfassen die Hauptländer von Central- und Südamerika, die Niederlande, die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Portugal und Italien. Bis Weihnachten dürften, wie Herr Bryan glaubt, im ganzen 30 solcher Verträge ratifiziert und dadurch der Friede der Vereinigten Staaten mit der ganzen Welt gesichert sein. Deutschland, Russland und Japan sollen den zu Grunde liegenden Vorschlag im Prinzip bereits angenommen haben.

Die Friedensbemühungen mit welchen Herr Wilson in den 2 Wochen sich sowohl Deutschland als England näherte, waren verfrüht und sind von allen Parteien abgelehnt worden. Der Präsident will nun in dieser Richtung vorderhand keine Schritte mehr tun, sondern auch hier seine Theorie des "watchful waiting" welche sich für Mexico bewährt hatte, solange anwenden bis dass, durch eine entscheidende Niederlage gezwungen, die eine oder die andere Partei ihn um seinen

Beistand angehen werde. Der hier mitfolgende Ausschnitt aus der New Yorker Staatszeitung, der die Entwicklung der Angelegenheit vom 5. bis 12. September schildert, zeigt Ihnen, wie wenig Basis Deutschland geboten hatte um darauf Friedensvermittlungen aufzubauen. (Beil. 6 & 7).

Die Situation in Mexico ist stets noch unerfreulich. Ein Erlass des Präsidenten Wilson vom 15. September, die amerikanischen Truppen aus Vera Cruz sofort zurückzuziehen, hatte einen Begeisterungssturm bei Carranza und dessen Anhängern hervorgerufen und es war zu erwarten, dass Carranza nun nicht zögern werde, seine Anerkennung in Washington nachzusuchen. Auf dringende Empfehlung vom 18. September seitens des amerikanischen Höchstkommmandierenden, Brigadegeneral Funston, ist die Räumung von Vera Cruz nun vorderhand bis zum 10. Oktober verschoben worden. Der Präsident war äusserst optimistisch bezüglich baldiger Wiederherstellung geordneter Zustände; umso überraschender wirkte daher die heute 24. September einkommende Nachricht, dass General Villa es ablehnt, Carranza fernerhin als Vorgesetzten anzuerkennen und dass er ihm den Krieg erklärt.

Für Grossbritannien hat wegen der seitens des früheren englischen Gesandten in Mexico, Sir Lionel Carden (welcher von Carranza seine Pässe zugestellt erhalten hatte) in Bezug auf die Räumung von Vera Cruz ausgeübte scharfe Kritik an Präsident Wilsons Mexico Politik, der hiesige englische Botschafter Sir Spring Rice Entschuldigungen beim Staatsdepartement vorgebracht (Beil. 8). Die amerikanische Presse sprach sich dahin aus, dass dies nicht genügend sei und dass sie eine direkte Entschuldigung seitens der englischen Regierung

sehen möchte. Dieses Ansinnen dürfte nun, da die neuesten mexikanischen Nachrichten die Richtigkeit der Angaben Sir Lionels dartun, wohl nicht mehr wiederholt werden.

Die Weltlage scheint auch manche andere Diplomaten nervös zu machen. So unterwarf der eben neu angekommene türkische Botschafter Rustem Bey die Antwort der Vereinigten Staaten Regierung, dahinlautend dass die Kapitulationen seitens der Türkei nicht einseitig zurückgenommen werden können, einer Kritik in der Presse. Er zog sich dafür eine Reprimande des Staatsdepartementes zu, welches bei diesem Anlasse, ohne Namen zu nennen, auch auf einen anderen Botschafter (gemeint war der deutsche) hindeutete, dessen allzufreie Aussprache gegenüber den Journalisten ihm nicht angenehm sei (Beilagen 9 & 10). Rustem Bey wird die Vereinigten Staaten wieder verlassen. Der vor wenigen Tagen in New York gelandete, von Tokio nach Washington versetzte deutsche Botschaftssekretär Baron von Schoen hat sofort nach seiner Ankunft einem Journalisten ein Interview gewährt und dabei unter anderem ausgesagt, dass ein Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ihm unvermeidlich erscheine. Die Presse, das Staatsdepartement und Präsident Wilson haben sich über diese Indiskretion arg aufgeregt. Schoen leugnet es ab, den Ausspruch getan zu haben, doch wird das Staatsdepartement darüber eine offizielle Untersuchung anstellen. (Näheres aus der Beilage).

Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist ausgesprochen anti-deutsch. Es trägt daran zum grössten Teile die amerikani-sche Presse schuld.

Die aus Deutschland einlaufenden Berichte sind spärlich und meist im Widerspruch mit den Londonern Kabeln. Die Kabel-
verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland

ist bekanntlich abgeschnitten und letzteres war daher bislang ausschliesslich auf seine zwei drahtlosen Stationen in Sayville, Long Island, und in Tuckerton, New Jersey, angewiesen. Nur die letztere, die stärkere, war im Falle Nachrichten nach Deutschland hinüberzutragen; Sayville vermag solche lediglich aus Deutschland zu empfangen. Nun ist die Tuckerton-Station - unbekannt warum, Untersuchungen sollen im Gange sein - seit gestern beschädigt und Deutschland nur auf Sayville angewiesen, d. h. einseitig vom Verkehr abgeschnitten. Es ist dies umso bedauerlicher, als Deutschland gegenüber den anderen Ländern hier in direkten Nachteil gerät. Schon bisher war seine Position insoweit eine ungünstige gewesen, als die englischen Kabelnachrichten anstandslos an die amerikanische Presse gelangten, während alle deutschen drahtlosen Berichte - um zu verifizieren, ob sie nicht Mitteilungen für ihre Flotte enthalten - einer störenden, verzögernden Zensur unterlegen sind.

Bezüglich Japans ist man hier der Ansicht, dass der Mikado keine Truppen nach Europa ^{schicken;} werde. Das Entsenden japanischer Soldaten auf den europäischen Kriegsschauplatz würde einen äusserst schlechten Eindruck auf die Bevölkerung der Vereinigten Staaten machen und die bereits bestehende Furcht vor einer gelben Invasion noch weiter schärfen. Japan habe allen Grund, sich mit Amerika gut zu stellen, auf welches es nun kommerziell so sehr angewiesen ist. Man glaubt hier gerne, dass es Japan nur darum zu tun sei, bei den kommenden Friedensverhandlungen zugezogen zu werden.

Im amerikanischen Märkte befinden sich als Käufer nunmehr ungefähr alle europäischen Nationen. Man stellt sich hier

auf den Standpunkt, dass man alles verkaufen dürfe. Ich hörte gestern, dass Russland in den Vereinigten Staaten Munition und Explosivstoffe kaufe, nachdem es bereits von Japan Munition erworben habe.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

P. Ritter

Schweizer Gesandter.

Beilagen:

*Abtschritte 1-10
s. beilagen auch A+B.*